

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“.

Schalter-Halle geöffnet von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 2405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Herausg.

„Tagblatthaus“ Nr. 4050-83.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 2405.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: M. 1.40 monatlich, M. 4.20 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Belegporto. M. 5.25 vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, aus-
schließlich Reichspost. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle
Postfach 19, sowie die Anzeigenstellen in allen Teilen der Stadt, in Wiesbaden die dortigen An-
zeigenstellen und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile 25 W. für deutsche Anzeigen; 35 W. für auswärtige Anzeigen, 1.25 W. für
für deutsche Anzeigen; 2.50 W. für auswärtige Anzeigen, 20% Telegramm-Zuschlag. — Bei wieder-
holter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechender Nachzahlung. — Anzeigen-Nachzahlung für
beide Ausgaben bis 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerückten
Tagen und Abenden wird keine Gewähr übernommen. 6202 und 6203.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin W. 57, An der Apostelkirche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lügow 6202 und 6203.

Dienstag, 28. Januar 1919.

Abend-Ausgabe.

Nr. 38. • 67. Jahrgang.

Die Wahlen zur preussischen Landesversammlung.

Das amtliche Wahlergebnis in Wiesbaden

Wiesbaden, 28. Jan.

Das nunmehr vorliegende amtliche Wahlergebnis der Stadt Wiesbaden unterscheidet sich nicht wesentlich von den bereits mitgeteilten Zahlen. Die Wahlbeteiligung war mit 49.607 Wählern, die von den rund 74.000 Wählern unserer Stadt ihrer Wahlpflicht genügen, um etwa 7000 schwächer als gelegentlich der Wahlen zur Nationalversammlung. Der Stimmenrückgang verteilt sich beinahe gleichmäßig auf alle Parteien, im Verhältnis am stärksten abgenommen haben die Unabhängigen mit 40 Prozent, während die Deutschnationalen sogar einen geringen Zugang von 1.1 Stimmen aufzuweisen haben. Dieser Zugang ist auf das Verlustkonto der Deutschen Volkspartei zu buchen, die mit 2205 nicht nur im Verhältnis sondern auch zahlenmäßig stärker abgenommen hat als die Deutsche demokratische Partei:

Deutsch-nationale Partei	935
Deutsche Volkspartei	9171
Zentrum (Christliche Volkspartei)	7128
Deutsche demokratische Partei	16972
Sozialdemokratische Partei	13979
U. S. V. (Unabhängige sog. Partei)	1022

Kann Preußen fortbestehen?

Mit überraschender Einmütigkeit haben sich Wortführer sämtlicher Parteien dafür ausgesprochen, daß der Neugebaltene Deutschlands die Auflösung Preußens nicht vorangehen lassen. Wie man weiß, hatte auch Herr v. Batocki diesen Gedanken mit rücksichtsloser Klarheit vertreten. Indessen lassen sich gelegentlich auch Stimmen vernehmen, die vor allem einen Fehler und ein Unglück darin sehen möchten, wenn die territoriale Neugegliederung des Reichs nur durch die Herabsetzung Preußens erreicht werden könnte. So fordert u. a. das Mitglied des Auswärtigen Amtes, Geheimrat Dr. Trautmann, die Erhaltung Preußens schon deshalb, weil dieser Staat eine organische Zusammengehörigkeit darstellt, dessen späteres Schicksal ganz Deutschland schwerwiegend berühren würde. Trautmann (dessen beachtenswerter Aufsatz im Januarheft der „Preussischen Jahrbücher“ erschienen ist) stellt sich also gerade auf den Standpunkt, der von allen die Aufteilung Preußens Fordernden verworfen wird. Sie alle gehen nämlich davon aus, daß Preußen in Wahrheit keineswegs ein Organismus, sondern nur ein mechanisch zusammengebrachtes Gebilde ist. Selbst Batocki scheint dieser Auffassung nicht grundsätzlich zu widersprechen. Die Wahrheit wird, wie so oft, auch hier in der Mitte liegen. Allerdings erlaubt auch Professor Hans Delbrück, der in der selben Nummer der „Preussischen Jahrbücher“ den Trautmannschen Aufsatz abgrenzend bespricht, das alte Preußen habe keine natürlichen Grundlagen, sondern wäre nur zusammengehalten worden durch die Dynastie und die Armee. Dann führt der Berliner Historiker fort: Es zeichnet sich vor den anderen deutschen Territorien nur dadurch aus, daß es vermöge seiner Größe und seiner Geschichte den wirklichen Staatsgedanken entwickeln können, der nicht nur die eigenen Untertanen erfüllte, sondern auch die besten und größten Deutschen in seinen Dienst zog und ihnen eine leidenschaftliche Liebe zu diesem froh- und ruhmvollen Gebilde unter der angeschwommenen Herrscherfamilie einflößte. Dadurch ist Preußen befähigt worden, die anderen deutschen Stämme um sich zu sammeln. Aber Dynastie und Armee existieren nicht mehr, und ist Preußen nicht mehr der Kronstaat eines deutschen Reiches, so werden sich die Rheinländer bald fragen, weshalb sie mit den Ostpreußen und den Brandenburgern eine Einheit bilden sollen. So vermag Delbrück von dem spezifisch preussischen Gedanken die Rettung unserer Zukunft nicht zu erwarten, sondern flammte sich nach wie vor an den deutschen Nationalgedanken. Er will die Gebieten, die ihm so vielen Seiten bedroht, nicht ausmalen; sie liegen nur zu sehr vor aller Augen. Es gibt aber doch auch einige Momente, die uns zu einer gewissen Hoffnung berechtigen, daß der 1871 gegründete deutsche Nationalstaat sich, wenn schon gerettet, doch als Einheit behaupten werde. Ist in dem fürchterlichen Zusammenbruch auch die Stärke des nationalen Empfindens offenbar abgeschwächt worden, so steht Delbrück diese Schwäche doch nur als eine Art Betäubung an, die in absehbarer Zeit wieder von uns weichen wird, und sie wird um so schneller weichen, als die großen praktischen Aufgaben, der deren Erledigung wir stehen, eine starke Zusammenfassung der nationalen Kraft unerlässlich machen. Wie können die finanziellen

Lasten, die der Krieg uns aufgebürdet hat und die der Friede uns noch aufbürden wird, schlechterdings nicht tragen, wenn wir uns politisch auflösen. Sowohl Monopole wie Staatsbetriebe, wie Grabschilde verlangen ein großes Wirtschaftsgebiet, um erträglich zu sein, und direkte und indirekte Steuern müssen einheitlich veranlagt und kontrolliert werden. Unsere Gegner selbst haben ein Interesse daran, Deutschland wirtschaftlich zu erhalten. Auch jeder Gedanke einer Sozialisierung hat zur Voraussetzung den Großstaat. Deshalb widerstrebt die Sozialdemokratie der Auflösung, und man darf feststellen, daß in dieser Frage ganz entgegengesetzte Anschauungen aus innerer Notwendigkeit dasselbe Ziel anstreben. Die Sozialdemokratie, die grundsätzlich internationalistisch ist, wünscht doch die soziale Einheit, um ihrer sozialen Ziele willen, und die Anhänger der individualistischen Wirtschaftsordnung wünschen sie, weil ihnen der nationale Gedanke als solcher ans Herz gewachsen ist. Das Verfassungsproblem, mit dem wir uns zu beschäftigen haben, lautet: wie sind in der zukünftigen Republik Zentralismus und Föderalismus miteinander auszusöhnen? Vom Standpunkt des Finanzwesens und Wirtschaftslebens wäre unabweisbar der volle Einheitsstaat das Richtige. Von sozialdemokratischer Seite ist er denn auch schon mit Entschiedenheit verlangt worden. Aber die Empfehlungen des deutschen Volkes widersprechen: Deutschland ist niemals ein Einheitsstaat gewesen, und der föderalistische Partikularismus ist eine lebendige Macht, mit der man sich auseinandersetzen muß.

Professor Delbrück folgt sich dahin auf: Eine innere Notwendigkeit für den Fortbestand Preußens besteht nicht. Dieser Staat hat seine historische Mission erfüllt. Er war unentbehrlich in dem großen Zusammenhange der Völkergeschichte. Ohne den Ruhm Friedrichs hätte das nationale Selbstbewußtsein des deutschen Volkes sich nicht wieder beleben lassen. Ohne die Aufnahme und Erhebung Preußens hätten die europäischen Völker das Recht, das ihnen der ewigwährende Ruhm Preußens aufzuerkennen, nicht wieder abschütteln können. Durch Preußen ist im Jahre 1871 der deutsche Nationalstaat gegründet worden, der in dieser Beziehung für alle Völker der Erde vorbildlich geworden ist und sich jetzt im Augenblick seines einseitigen Zusammenbruchs noch das Verdienst erworben hat, den bösen Geist einer freien menschlichen Entwicklung, den Pariaismus, zu verschmettern. Welche Weltkraft auch der neue Nationalstaat annehmen wird, sein Wesen, das in ihm wesentliche Elemente der Vormärkischen Schöpfung fortleben werden. Einem Reichsstaates Preußen aber bedarf dieser zukünftige deutsche Nationalstaat nicht mehr. Die Situation ist so zu formulieren: entweder das Deutsche Reich steht jetzt vollständig in Trümmern, dann allerdings wäre alles darzulegen, um wenigstens Preußen zu erhalten. Oder aber der deutsche Nationalstaat erhebt sich aus eigener, innerer Kraft, dann ist ein besonderer Staat Preußen nicht nur überflüssig, sondern auch tödlich.

Der Vormarsch der Polen.

Am 24. Jan. (Hauptstadt-Katholik). Der Vormarsch der Polen ist ein der ganzen Welt zum Staunen gekommen. Die Polen haben sich 10 Kilometer vor Bromberg. Thoren ist nicht mehr in Gefahr. Der Druck der gut organisierten deutschen Truppen hat sich höher gemocht und befestigt die alte Gräbenlinie. Die Polen sind dann erfolgreich sind, wenn ihnen desorganisierte Truppen gegenüberstehen.

Die Frage einer westdeutschen Republik.

Braunschweig, 25. Jan. Wie die „Braunschweig. Landeszeitung“ erfährt, wird am Montagvormittag im Landtagssaal ein Kongress zusammengetreten, um über den Vorschlag einer westdeutschen Republik zu beraten.

Die Forderung Liebknechts.

Berlin, 25. Jan. Aus Anlaß der Forderung Liebknechts waren heute schon in den frühen Morgenstunden die ganze Innenstadt und alle noch dem Feuer der brennenden Häuser ausgesetzt. Als gegen 10 Uhr die Ordnung der Anarchisten sozialdemokratischen Partei Deutschlands sich am Eisenen Hindenburg versammelten wollten, wurde ihnen verboten, daß die Aufstellung eines Pops in der Eisenstraße nicht zugelassen werde. Die Ordnung verteilten sich deshalb an den Grenzen der Abgrenzungsbereiche und hielten dort die größeren und kleineren Jäger an, den Weg um den Wilhelmsplatz zu nehmen. Der Zug ordnete sich auf der Eisenstraße des Friedrichshofes. Auf der Eisenstraße waren die Särgen mit den 88 Revolutionärsgefallen aufgebahrt. Auf dem ersten Wagen befand sich die Leiche Liebknechts. Der Zug ging über das Brandenburger Tor und durch die Frankfurter Allee nach dem jüdischen Friedhof in Friedrichsfelde, wo er um 3 1/2 Uhr anlangte.

Die Demokratisierung der Gemeindevertretungen.

Berlin, 26. Jan. Das preussische Staatsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Neuwahlen sind zum 2. März anderweitig nach dem

allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlsystem. Am 2. März verlieren die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtsmäßige Befugnis. In Verfolg dieser Verordnung bestimmt eine Verfügung des Staatsministers des Innern, daß die Vornahme von Wahlen von Magistratsmitgliedern und Gemeindevorständen auf Grund des Verhältnismäßigkeitsprinzips unterliegt. Dadurch wird zugleich mit der Gemeindevertretung auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt.

Ebert über das Wahlergebnis.

Berlin, 24. Jan. Der Volksbeauftragte Ebert empfing einen Zeitungsvertreter zu einer Unterredung. Dieser bat ihn, sich über das Ergebnis der Nationalversammlungswahlen auszusprechen. Herr Ebert entwickelte seinen Standpunkt in den nachstehenden Äußerungen: Das Ergebnis der Wahlen hat nachträglich unter Recht bestätigt, im Namen des Volkes die Regierung zu führen. Wir haben nicht die Majorität, aber alle sozialdemokratischen Mandate, vor allem alle sozialdemokratischen Stimmen zusammen ergeben. Doch es unsere Partei ist, die am stärksten und breitesten im Volke eingewurzelt ist. Wir sind auch die einzigen, die eine gewaltige Zunahme in Anhängern zu verzeichnen haben, alle anderen haben verloren (Das trifft auf die Deutsche demokratische Partei besonders hart, denn das Frauenstimmrecht vielleicht den größten Zuwachs gebracht hat. Die sogenannten nationalen Parteien haben nur kümmerliche Reste ihres Bestandes zu erhalten vermocht; für sie ist diese erste und wichtigste Wahl wirklich zum Völkergesicht geworden. Wenn die unnatürliche Linienverbindung, die der Todfeind reinlicher Parteigründung ist und nur dem Anschauungsmißverständnis dient, nicht gewesen wäre, so hätten die mit der meisten Schuld am Krieg Verbalenden nicht einmal diese spärliche Mandatszahl erhalten. Die Demokraten haben verhältnismäßig gut abgeschnitten. Es muß sich nun allerdings erst zeigen, ob sie wirklich zu einer neuen einheitlichen Partei geworden sind, die eine gemeinsame Weltanschauung trägt. Sie enthalten doch auch viel Mitglieder der alten nationalliberalen Partei, denen eine Sinnverwandlung ins Demokratisch-Republikanische nicht ohne weiteres zugestanden werden kann. Die unabhängige Sozialdemokratie ist geblieben, was sie immer war, ein Grüppchen. Ihr Anspruch auf völlige Gleichberechtigung mit uns wird durch das Wahlergebnis in das richtige Licht gesetzt, das uns diesmal so stark zeigt wie sie, die mit der Deutschen Volkspartei der Herren Stresemann und Brücker am schärfsten abgeschnitten hat. (Es folgen dann die in der Montag-Abendausgabe bereits mitgeteilten Sätze.) Wir sehen in der Nationalversammlung und ihren Einrichtungen keine möglichst schleunige und gründliche Beendigung der Revolution, sondern die Befestigung der revolutionären Errungenschaften. Das muß auch der Grundbaustein jeder Partei sein, mit der wir uns über die gemeinsame Regierungstätigkeit vereinbaren wollen. Von bürgerlicher Seite ist manches zu sehen, was den Verdacht begründet erwecken läßt, als lägen sie in der Nationalversammlung ein Mittel zur Rückwärtsbewegung. Solche Bestrebungen werden bei uns den heftigsten Widerstand finden. Die Konstitution kann eine ruhige Entwicklung nur dann vertragen, wenn sie ein neues Deutschland mit klüßlicheren Verhältnissen gerade für die bisher Entwerteten schafft. Jeder Versuch, fortzuleben die alten Machtverhältnisse gerade auch in wirtschaftlicher Hinsicht wieder aufleben zu lassen, wäre das Signal für einen neuen Umsturz und damit für die Verewigung der verfahrenen Zustände, die unser Wirtschaftsleben je länger, je mehr untergraben müssen.

Meinere Verfassungsentwürfe.

Berlin, 26. Jan. Wie schon bekannt hat der von Staatssekretär Dr. Preuß ausgearbeitete Verfassungsentwurf starken Widerspruch gefunden. Selbst in sozialistischen Kreisen haben sich Stimmen dagegen erhoben und ein Verfassungsentwurf von sozialistischer Seite ist in Vorbereitung. Dazu haben wir, daß auch die Deutsche Volkspartei ebenso wie die Deutschnationale Partei der Nationalversammlung je einen Verfassungsentwurf vorlegen werden. Die Deutschnationalen stoßen sich besonders an der Aufstellung Preußens.

Zur Lösung des Arbeitermaras.

Berlin, 26. Jan. Die Reichsregierung ist sich darüber klar, daß das Strauben zahlreicher Arbeitsloser gegen die Aufnahme von Arbeit nicht immer in Arbeitswillen besteht. Die Regierung weiß, daß eine Hauptursache dafür liegt, daß die Arbeitslosen keine Arbeit an ihrem gewohnten dauernden Wohnsitz finden können. Sie mühten, um Arbeit zu finden, von ihrer Wohnung und ihrer Familie abzuwandern. Es bedeutet naturgemäß für viele Arbeitslose, die eben erst nach vierjähriger Abwesenheit in Heim und Familie zurückgekehrt sind, eine schwere Entfremdung, wenn sie sich jetzt schon wieder von den Abtrünnigen trennen sollen. Die Reichsregierung wird bestrebt sein, solchen Arbeitslosen die Umsiedlung mit ihrer Familie nach geeigneten Arbeitsorten zu erleichtern. Es wird ferner erwogen, solchen Arbeitslosen, die zur Aufnahme von Arbeit ihre Familie verlassen mühten, besondere Zuschüsse aus Staatskosten zu gewähren.

„Uneingeschränkte Press- und Meinungsfreiheit!“

Berlin, 24. Jan. In einem Aufruf fordert der Zentralrat des A. S. D. im Reich auf, die uneingeschränkte öffentliche Presse- und Meinungsfreiheit als eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution unbedingt zu schützen und willkürliche Eingriffe zu unterlassen.

